

Konferenz der Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine.

Budapest, 12. Dezember.

Heute vormittags 9 Uhr wurden die Beratungen der Mitteleuropäischen Wirtschaftskonferenz fortgesetzt. Den Vorsitz führte auch heute Geheimer Rat Dr. Alexander Beckerle an der Seite des Herzogs Ernst Günther zu Schleswig-Holstein und des Freiherrn Ernst v. Pleuer. Die heutige Beratung galt dem letzten noch unerledigten Punkt der Tagesordnung, wohl dem wichtigsten Gegenstand der Konferenz: der gemeinschaftlichen Handelspolitik. Nachdem es in den gestrigen Vorkonferenzen gelungen war, eine volle Einigung über die Leitsätze dieser Frage zustande zu bringen, gingen die Verhandlungen programmgemäß vonstatten. Die Verhandlung nahm folgenden Verlauf:

Die gemeinschaftliche Handelspolitik.

In dieser Frage wurden folgende Leitsätze als gemeinsamer Antrag der drei Referenten vorgelegt:

1. Die autonomen Zolltarife der Vertragsstaaten werden selbständig festgesetzt. Ihre Anlage und Einteilung (Schema) sollen sich in den Tarifklassen und Warengruppen möglichst decken. Auch die Tarifgesetze und Zollordnungen, sowie das Zollstrafverfahren sollen möglichst übereinstimmen.

2. Auch eine Übereinstimmung der Zollsätze ist anzustreben, soweit die wirtschaftlichen Verhältnisse sie irgend zulassen.

3. Die neuen, zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn geltenden Zölle sind nicht in der Weise zu erstellen, daß eine verhältnismäßig gleiche (prozentuelle) Ermäßigung aller autonomen Zölle eintritt, vielmehr ist eine individuelle Behandlung der Posten am Platze.

4. In erster Reihe ist eine Erweiterung der „Freiliste“, d. h. der Zahl der zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zollfrei verkehrenden Waren geboten, wobei vor allem jene Tarifposten, wo die bisherigen Zollsätze weder einem wirtschaftlichen, noch einem fiskalischen Bedürfnis entsprechen, ins Auge zu fassen sind.

5. Bei Positionen, die beiderseitig zollgeschützt sind, soll der Präferenzzoll hinter dem Betrag der Differenz zwischen deutschem und österreichisch-ungarischem Zoll nicht zurückbleiben.

6. Es sollen Abmachungen darüber getroffen werden, daß durch die Einräumung von Vertragszöllen an andere Staaten die Vorzugsbehandlung im Verhältnis Oesterreich-Ungarns und Deutschlands keine wesentliche Einbuße erfährt, zu diesem Zwecke soll bei den wichtigeren Positionen die Spannung zwischen Vertrags- und Präferenzzoll intern festgelegt werden.

7. Die Gewährung der Vorzugsbehandlung an andere Staaten kann nur unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen der verbündeten Staaten und in ihrem wechselseitigen Einvernehmen erfolgen.

8. Als Norm für den Abschluß von Handelsverträgen hat zu gelten:

Die Handelsvertragsverhandlungen mit anderen Staaten sind von den verbündeten Staaten unter Wahrung der handelspolitischen Hoheitsrechte im Einverständnis, unter gegenseitiger Unterstützung und gleichzeitig zu führen; in gleicher Weise sind die Handelsverträge gleichzeitig und auf gleiche Dauer abzuschließen.

In Ausnahmefällen, in welchen obige Norm keine Anwendung finden könnte, müssen sich beide Teile über die zu verfolgenden handelspolitischen Ziele gegenseitig unterrichten und sich gegenseitig über den jeweiligen Stand der Verhandlungen ständig informieren. Stößt ein Teil bei seinen Handelsvertragsverhandlungen auf Schwierigkeiten, so wird ihn der andere Teil unterstützen.

9. Zweck der Sicherung der einheitlichen Handhabung der übereinstimmenden Zollvorschriften und zum Zwecke des weiteren Ausbaues der Bevorzugung soll eine ständige, aus Vertretern der Vertragsstaaten bestehende Kommission gebildet und dieser ein Beirat von Sachverständigen und Interessenten beigegeben werden.

10. Handelspolitische Angriffe anderer Staaten auf einen der Vertragsstaaten sind gemeinsam abzuwehren.

11. Zur Austragung von Streitigkeiten, die aus den Abmachungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn entstehen, soll ein Schiedsgericht gebildet werden.

Referent Geheimer Rat Professor Dr. Julius Wolf will darüber berichten, wie man in Deutschland die Situation handelspolitisch ansieht. Vor allem stehen wir bei jeder Regelung des Verhältnisses mit Oesterreich-Ungarn auf dem Boden der Gegenseitigkeit. Ein starkes Oesterreich-Ungarn ist auch ein deutsches Interesse. Die zwei Staaten betrachten sich nicht als Konkurrenten, sondern als Familiengenossen. Diese Gesinnung in wirtschaftliche Leistung umzusetzen, sind wir aus Deutschland hierhergekommen. Die Gesinnung liefert uns die Unterlage für unsere Beratung. Deutschland und Oesterreich-Ungarn sind für menschlich absehbare Zeit zusammengeschmiebet. Die russische Gefahr bedroht uns weiter, die Differenz der Menschenzahl wächst von Jahr zu Jahr zu unserem Ungunsten. Daher sind wir auf einen Bund angewiesen. Was die unser harrende volkswirtschaftliche Aufgabe anlangt, so verweist Redner darauf, daß die Handelsbilanz Oesterreich-Ungarns eine passive ist. Selbst Frankreichs stagnierender Export ist viel bedeutender, als jener Oesterreich-Ungarns, dessen Ausfuhr im Jahre 1913 fast nur so groß war wie die Italiens. Die Bedingung einer gesunden Regulierung der Valuta bildet aber eine starke Hebung des Exportes. Wie ist dies

zu erreichen? In Deutschland lebte vor dem Kriege je fünfte Mensch (13 Millionen) vom Export, in Oesterreich-Ungarn leben davon nur zwei Millionen Menschen. Der industrielle Charakter des deutschen Exports ist nicht zu überschätzen, da sehr große Ausfuhrmengen von Rohstoffen und Lebensmitteln bestehen, was mit dem großen landwirtschaftlichen Ertrag der deutschen Landwirtschaft zusammenhängt. Dieser Ertrag ist aber selbst kein idealer, da er hinter jenem anderen Länder erheblich zurücksteht. Durch die Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität allein konnte die Monarchie die Passivität ihrer Handelsbilanz ausmerzen. Insofern Deutschland der Ausfuhr aus der Monarchie Vorstoß leistet, bietet es ihr die Möglichkeit einer Verbesserung ihrer Handelsbilanz. Behufs Umbildung der passiven Handels- und Zahlungsbilanz in eine aktive bedarf es auch einer Förderung der industriellen Ausfuhr. Diese Frage ist schwieriger, denn es genügt nicht einfach die Steigerung der Produktion. Bisher weist die industrielle Ausfuhr der Monarchie — abgesehen von dem Export nach Deutschland und dem Balkan — sehr geringe Ziffern auf. Selbst Persien hat eine stärkere Ausfuhr nach Rußland als die Monarchie. Wir Deutschen wünschen aufrichtig, Oesterreich-Ungarns Exportwirtschaft möge jene Position ertingen, die ihr vermöge ihrer landwirtschaftlichen Produktion, ihrer Naturkräfte, der Tüchtigkeit ihrer Industriekapitäne und der Leistungsfähigkeit ihrer Banken entspricht (Bravorufe). Ueberallhin muß die Ausfuhr noch geschaffen werden, da die Exports, an der Potenz der österreichisch-ungarischen Wirtschaft gemessen, ganz unzureichend sind. Wie ist diese Ausfuhr auf die Beine zu bringen? Oesterreich-Ungarn muß erst seine Selbstkosten ermäßigen. Oesterreich-Ungarn muß eine Exportorganisation haben, die handelspolitisch nicht hinter jener der Exportstaaten stehen darf. Die Meistbegünstigung darf keinen von uns dreien verklümmert werden. Es hängt alles davon ab, ob wir die Präferenz durchzuführen vermögen, ohne Konflikte mit den zurückgesetzten Staaten heraufzubeschwören, ohne die Meistbegünstigung zu verlieren. Redner ist der Hoffnung, daß es uns gelingen wird, die Vorzugsbehandlung in diesem Sinne durchzuführen.

Die Interessen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns begegnen sich in der Exportnotwendigkeit, die uns auch auf eine gemeinsame, einverständliche Handelspolitik hinweist. Es ist daran gedacht, einverständliche zu beraten und zu gleichen Ablasssterminen Verträge zu schließen. Dieses einverständliche Vorgehen ermöglicht es, dritten Staaten gegenüber die Rollen zu verteilen: getrennt zu marschieren und vereint zu schlagen. Handelspolitisch wollen wir nicht Konkurrenten werden. Was Oesterreich-Ungarn handelspolitisch gelaufen hat, muß auch für Deutschland gelaufen sein, und umgekehrt. Für Oesterreich-Ungarn gibt es noch eine Welt zu erobern. Die Gaben zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn sind verschieden verteilt, eine Arbeitsverteilung ist jedoch leicht möglich. Der Geist, in dem alle Arbeiten unternommen werden müssen, der Wille, sie ohne bürokratische Schwerefälligkeit zu vollbringen, sind glücklicherweise endlich da. Und wir hoffen, daß es gelingen wird, ein neues Band um die beiden Monarchien zu legen. Der Krieg ist nicht nur ein Zerstörer, sondern auch ein Baumeister, und was wir an materiellen Gütern verlieren, gewinnen wir an sittlichen Werten. (Lebhafte Beifall.)

Der ungarische Referent Geheimer Rat Josef Szterenyi wünscht vor allem seiner Freude über die neuerliche glückliche Ankunft des Untersekretärs „Deutschland“ auszusprechen und befragt die Absendung eines Begrüßungsgrammes an die Deutsche Delegation. (Lebhafte Bravorufe.) Auf den Gegenstand der Tagesordnung übergehend, führt Referent folgendes aus: Heute noch über die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Annäherung der drei Staaten zu sprechen, wäre gewiß ganz überflüssig. Der Referent will die politische Seite der Frage gar nicht berühren, denn ein politisches Bündnis sei bei wirtschaftlicher Uneinigkeit undenkbar. Der Ausgangspunkt aller Verhandlungen war die Aufrechterhaltung der Souveränität der teilnehmenden Staaten, was nachträglich festgestellt werden soll. Was Ungarn betrifft, so wünscht es, daß das politische Bündnis mit Deutschland auch wirtschaftlich vertieft werde. Dieses wirtschaftliche Bündnis hat keinerlei aggressiven Charakter, auch nicht gegen unsere Feinde. Unsere Feinde wollen dagegen den Wirtschaftskrieg auch nach dem Frieden. Man will die wirtschaftliche Kraft Deutschlands und des wirtschaftlich schwächeren Oesterreich und Ungarn vernichten. Keine Stunde darf verpaßt werden, um diese Pläne zunächst zu machen und unsere wirtschaftliche Annäherung durchzuführen. Referent beschäftigt sich sodann mit der Pariser Wirtschaftskonferenz. Diese vereinbarte, den sämtlichen feindlichen Staaten die Meistbegünstigung auch nach dem Friedensschluß zu verweigern und eine Reihe weiterer Maßnahmen gegen diese wurde beschlossen. All das würde den größten Wirtschaftskrieg bedeuten, den die Welt jemals gesehen hat. Wohl ist die Ausführung dieser Pläne sehr schwer denkbar, aber wir müssen für alle Eventualitäten bereitstehen. Noch viel gefährlicher ist das Bestreben, die Feindseligkeiten des Krieges auch im Herzen und in der Seele der feindlichen Völker weiter zu erhalten und zu vertiefen. Was das in der Praxis bedeuten würde, braucht man wohl nicht besonders zu betonen. Ueberall in den Feindstaaten bestehen bereits Kommissionen zur Bekämpfung des feindlichen Handels und sie stehen sogar unter Führung und Mitwirkung aktiver Regierungsmänner, wofür der Referent eine Reihe von Beispielen anführt. Zweck dieser Organisationen ist es vornehmlich, den Import in allen Artikeln, die aus Deutschland oder Oesterreich-Ungarn erfolgten, für die Zukunft zu unterbinden. Am lehrreichsten hierfür sei die internationale Vereinigung für die Erzeugung von Farbstoffen und die Aktion, die Deutschland den Rohgummi vorenthalten will. Auch in den neutralen Staaten wurden zahlreiche bemerkenswerte wirtschaftliche Verfügungen getroffen, die zumeist stark aggressiver Natur sind. Der Referent verliest sodann eine Reihe von Kundgebungen, die jüngst in Frankreich und England erfolgt sind und die den Boykott gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn offen verkünden. Ueberall wird der rücksichtslose Kampf gegen die „deutsche Gefahr“ verkündet. Geradezu unerhört ist auch das Vorgehen der französischen Handelskammern gegenüber den Importeuren der Schweiz, wo man notariell beglaubigte Atteste darüber verlangt, daß der Firmen-

inhaber auf fünfzig Jahre zurückgehend keinerlei deutsche, österreichische oder ungarische Verwandte besitze. (Große Heiterkeit.) Sonstige gegen uns gerichtete, notariell zu bestätigende Verbote und Ausschließungen werden stipuliert und Zuwiderhandlungen einer Konventionsstrafe von 30.000 Francs unterworfen.

Der Referent beschäftigt sich sodann mit der Christiania-Konferenz der skandinavischen Mächte und der Pläne der Vereinigten Staaten hinsichtlich einer Zollreform mit der Wirksamkeit nach dem Kriege. Selbst das freie Amerika errichtet staatliche Organisationen zur Förderung des Exportes. Die Union räumt ihren Banken das Recht ein, im Auslande Filialen zu errichten. All das sind sehr gewichtige Symptome.

Nach alledem geht der Referent auf die Leitsätze des Gegenstandes der Tagesordnung über. Diese wollen eine Urgierung an der Hand der vorliegenden Tatsachen bilden und an die Gefahr erinnern, die uns droht, falls wir nicht rechtzeitig den Bestrebungen unserer Feinde entgegenzutreten. Die letzte Stunde ist gekommen und wir müssen unerbittlich handeln. Deshalb empfiehlt der Referent die Leitsätze zur Annahme. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Referent für Oesterreich Kommerzialrat Heinrich Pette will den Ausführungen seiner Vorredner nur einige kurze Worte anfügen, um zu dokumentieren, daß die österreichischen Industriellenkreise sich im Einklang mit den Bestrebungen der Wirtschaftskommitees befinden. Mit der Zeit hat sich die Anschauung Bahn gebrochen, daß der Weg einzuschlagen sei, der vom Wirtschaftskomitee in den Leitätzen eingeschlagen wurde. Die österreichische Industrie ist sich klar darüber, daß sie in den Anfangsjahren dem System der bevorzugten Präferenz manche Opfer werde bringen müssen, sie darf aber hoffen, in der Zukunft durch die gemeinsame Handelspolitik eine Förderung des österreichischen Exports zu erlangen. Es wird uns obliegen, bei der Regierung energig die Durchführung der in den Leitätzen enthaltenen Prinzipien zu urgieren. Wir müssen den Feinden gegenüber eine kräftige Defensivstellung einnehmen. Redner hofft, daß der gesunde Menschenverstand auch bei unseren Feinden endlich siegen werde. Für die erste Zeit aber wird ein energischer Zusammenschluß notwendig sein. Damit das wirtschaftliche Band sich immer mehr vertiefe, ist eine Durchführung der in den Leitätzen enthaltenen Thesen wärmstens zu wünschen. (Lebhafte Beifall.)

Kaiserlicher Rat Ernst Krause begrüßt aufrichtig die von den Referenten festgestellten Leitätze, da diese zum ersten Male den Willen der industriellen Kreise bezeugen, das wirtschaftliche Band zu festigen. Vom Standpunkt der österreichischen Industrie sei zu hoffen, daß die Vertreter der deutschen Industrie für diese Prinzipien in Deutschland Propaganda machen werden, damit die Einzelinteressen nicht den Sieg über das große Allgemeininteresse davontragen. Wir werden unser Bestes dafür einsetzen, daß man sich auch in Oesterreich aufrichtig der Präferenzpolitik anschließe. Nach den Statistiken sind auf landwirtschaftlichem Gebiete Milliarden zu beschaffen und wir können unsere in Naturalwirtschaft lebenden Völker zu Mitteleuropäern machen. Die Stärkung des inneren Marktes ist sehr geboten. Er bittet, dazu beizutragen, daß Oesterreich und Ungarn einen Platz an der Sonne des Wohlstandes erhalten, denn eine starke Monarchie diene auch Deutschland als sichernde Flanke.